

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran

Gemeinsamer Aufruf der Gewerkschaften für Transport und Verkehr in Schweden, Dänemark und Norwegen:



Wir fordern die Freilassung aller inhaftierten politischen Gefangenen und Arbeiteraktivisten im Iran.

Diese Aufforderung erfolgte am 10. November 2013 in der Konferenz der Gewerkschaften in der dänischen Stadt Helsingør.

Aufruf:

Wir fordern die Freilassung aller inhaftierten politischen Gefangenen und Arbeiteraktivisten im Iran.

Die internationale Arbeitsorganisation ILO hat in einer Sitzung im Jahr 2013, die islamische Republik Iran unter den drei Ländern eingestuft, in denen Lebensbedingungen, persönliche Freiheit und Arbeiterbewegungen stark repressiv behandelt werden. Arbeiteraktivisten sind permanent der Verfolgung und juristischer Ahndung, Kündigung und Inhaftierung ausgesetzt.

Abgesehen von den Kündigungsdrohungen, der juristischen Ahndung und einer Haftstrafe, werden die Arbeiter während der Vernehmung durch die Sicherheits- und Justizbehörden unter Folter gezwungen, ihre Mitgliedschaft in den Gewerkschaften aufzugeben.

Dabei ist das einzige Delikt dieser Arbeiteraktivisten die gewerkschaftliche Aktivität zur Gründung einer

unabhängigen Arbeitergewerkschaft zum Zwecke der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitern.

Im Folgenden werden die Namen einiger Gewerkschaftler, die auf Grund ihrer Tätigkeiten auf dem Wege zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft inhaftiert worden sind, aufgelistet:

Reza Schahabi, Schatzmeister der Gewerkschaft der Fahrer öffentlicher Verkehrsmittel im Großraum Teheran.

Mohammad Jarahi, sowohl Gründungsmitglied der Gewerkschaft für Maler und Innendekorateure im Großraum Teheran als auch Mitglied des Komitees für Gründung freier Arbeiterorganisationen.

Schahrokh Zamani, sowohl Gründungsmitglied der Gewerkschaft für Maler und Innendekorateure im Großraum Teheran als auch Mitglied des Komitees für Gründung freier Arbeiterorganisationen.

Behnam Ebrahimzadeh, sowohl Mitglied des Komitees zur Gründung freier Arbeiterorganisationen als auch des Komitees für Arbeiter- und Straßenkinder. Sein Kind leidet unter Krebs und durchläuft eine Chemotherapie.

Abdolreza Ghanbari, Mitglied der Gewerkschaft iranischer Lehrer

Rasul Badaghi, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft iranischer Lehrer

Ali Akbar Baghani, Vorsitzender der Gewerkschaft iranischer Lehrer

Die Lage der inhaftierten Arbeiteraktivisten im Iran ist äußerst bedenklich.

Der Generalstaatsanwalt der Islamischen Republik Iran hat sich über die politischen Gefangenen und inhaftierten Arbeiter im

Gefängnis von „Rajaie Schahr“ wie folgt geäußert: „Wir werden allmählich diese Plage los.“.

Wir als Unterschreiber dieses Aufrufs fordern:

- Bedingungslose Freilassung aller Arbeiteraktivisten und politischen Gefangenen im Iran.
 - Gründung eines internationalen Komitees zur Nachforschung der wahren Fakten und Verwendung dieser Fakten in den Ermittlungen um die inhaftierten Arbeiteraktivisten und politischen Gefangenen
 - Sofortige Beendigung unmenschlichen Umgangs mit Nichtgleichgesinnten im Iran
 - Prüfung der Lebensbedingungen der Familien von inhaftierten Arbeitern und deren finanzielle Unterstützung
 - Ausführung und Achtung internationaler Gesetze und internationaler Konventionen, wonach die Grundfreiheiten von Gewerkschaften und politischer Meinungsbildung zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften und Organisationen zu primären Bürgerrechten und anzuerkennen sind.
-

Kurznachrichten

Einsturz einer Mine in Saghand hat 3 Minenarbeitern das Leben gekostet, ein weiterer Arbeiter wurde verletzt!

27.November 2013 (06.Azar) IRNA (Nachrichtenagentur der Islamischen Republik Iran)

IRNA berichtet laut Zitat des Notdienstleiter 115 von Ardakan: Durch den Einsturz eines Bergbaus in Saghand

sind 3 Arbeiter ums Leben gekommen, ein weiterer Arbeiter wurde verletzt.

Die Leiharbeiter der U-Bahn von Ahwaz streiken wegen fünf-monatigen Lohnausfalls

30.November 2013 (09.Azar) ILNA (Nachrichtenagentur der Arbeiter Irans)

Rund 300 Arbeiter der U-Bahn von Ahwaz, die im Bereich Verkehrswesen und Bauarbeiten tätig sind, haben vom 26.November bis zum 30.November (05.Azar bis 09.Azar) gegen den fünf-monatigen Lohnausfall unter Berufung auf §142 Arbeitsgesetz vor dem Bürogebäude der „Kisun Gesellschaft“-Projektleiter demonstriert und die Auszahlung ihrer Löhne verlangt. Der Direktor des U-Bahn-Verbandes von Ahwaz bestätigte die Demonstration der Arbeiter der Kissun-Gesellschaft und erwähnte als Grund des Lohnausfalles das noch nicht verkündete Jahresbudget für das U-Bahn Projekt in Ahwaz.

Arbeiter der „Pars Ghu“ Produktionsfirma protestieren gegen die neue Tarifpolitik

Laut Angaben der ILNA vom 30.November (09.Azar), hat eine Gruppe von Arbeitern des Pflanzenöl-Herstellers „Pars Ghu“, gegen die neue Tarifpolitik, die seit Kurzem von der neuen Direktion angekündigt worden ist, auf dem Firmengelände demonstriert.

Ein Arbeiter, der anonym bleiben wollte, nannte als Grund der Demonstration die plötzliche Kürzung des Überstundenlohns und der Extraentlohnung, den Verzicht auf die Anhebung und Anpassung von Mittagessenskosten und Spesen, sowie die verzögerte Lohnauszahlung von 10 bis 15 Tagen.

Der Tod eines 17 jähriger Arbeiter

Ein Monat nach einem tödlichen Unfall in Amir Kabir Universität in Teheran ist erneut ein 17 jähriger Bauarbeiter von dem Gerüst eingestürzt und ums Leben

gekommen. Die Augenzeugen berichten, dass der missglückte junge Arbeiter hatte von seinem Arbeiter keine Sicherheitsgürtel bekommen. Nach diesem tragischen Unfall versammelten sich die Studenten im Hof des Uni-Gelände und protestierten gegen die gefährlichen Arbeitsbedingungen, die täglich neuen Opfern verlangen. Die Sicherheitskräfte versuchten diese Versammlung zu verhindern, konnten die Studenten jedoch ihren Protest unter anderem auch gegen die zunehmenden Kinderarbeit Fortsetzen.

Donnerstag 28 November

21 Tagen nach der Festnahme zwei Mitglieder der Koordinationskomitee zur Bildung der Unabhängigen Gewerkschaften in der Stadt Kamyaran, sind ihre Angehörigen immer noch keinen Kontakt zu ihnen stellen und sind über ihren Gesundheitszustand äußerst besorgt. Das Komitee verurteilt den willkürlichen Umgang der Sicherheitskräfte mit Arbeiteraktivisten im Iran und fordert die sofortige Freilassung von Mehrdad Saburi und Afschin Nadimi sowie die Beendigung der Verfolgung der anderen politischen Aktivisten im Iran.



100-Tage-Frist und Rohanis Stillschweigen über die Lebenslage und Probleme der Arbeiter!

27.November 2013 (06.Azar), Arbeiter-Nachrichten

Gestern Nacht ließ Rohani in seinem Bericht über den Ablauf seiner 100-tägigen Amtszeit, die Arbeiter kalt. Der Bericht dauerte eine Stunde und neunundvierzig Minuten und vierzig Sekunden, doch es

fiel kein Wort über die Probleme der Arbeiter und deren Lebenslage.

Die registrierten Zahlen des Weblogarchives für Arbeiter-Nachrichten hinsichtlich der 100-Tage-Frist, besagen Folgendes:

- Entlassung von 8000 Arbeitern in Folge der Schließung von Produktionsfirmen
- Entlassung von über 20 000 Arbeitern im Dienst- und Produktionssektor
- Lohnausfälle für rund 20 000 Arbeitern in 75 Produktionsstandorten
- Ausfall der Rentenzahlung für mehr als 80 000 Rentner der Metallindustrie und eine Auszahlungsverzögerung von über 2 Monaten
- über 80 Streiks und Demonstrationen im Zusammenhang mit Lohnausfällen, Tarifverhandlungen und weiterer Interessen der Arbeiter
- Zusätzlich zu den bereits erfolgten Inhaftierungen und Entlassungen weitere Entlassungen und Inhaftierungen von Arbeiteraktivisten.



Arbeiterstreik des Generalunternehmens „Asphalt Tus Madan von Tschador Malu“ in Ardakan

27.November 2013 (06.Azar), Laut ILNA haben rund 800 Leiharbeiter des Generalunternehmens „Asphalt Tus Madan von Tschador Malu“ in Ardakan aus Protest gegen die ungerechten Lohntarife und die Entlassung eines Mitarbeiters, über eine Stunde lang die Arbeit niedergelegt.

Demnach endete der Streik mit der Anwesenheit des Arbeitgebers vor Ort und dessen Versprechen, den Problemen der Arbeiter nachzugehen.

Die Arbeiter sind der Ansicht, dass die Nachfrage einiger Arbeiter hinsichtlich der

Ausübung der Verordnung zur Eingliederung von Arbeitern und einer 10prozentigen Tarifierhöhung zur Entlassung ihres Mitarbeiters geführt hat. Momentan ist der Streik der Arbeiter vorläufig beendet, und mit Zusage der Zuständigen des Arbeitgeberverbandes sei man bemüht, bis Samstag den 30.November (09.Azar), den Problemen der Arbeiter nachzugehen und ihrer Forderung gemäß von der Entlassung zweier weiterer Arbeiter abzusehen. Der Arbeitsvertrag dieser betroffenen Arbeiter ist blanko und einseitig. Schon seit Beginn der Arbeit dieses Genrealunternehmens vor 20 Jahren, wurden die Arbeiterrechte und die Interessen der Arbeiter missachtet.



Am frühen Mittwochmorgen sind 4 Arbeiter der Polyacryl aus der Haft entlassen worden.

27.November 2013 (06. Azar 1392). Dem Bericht von ILNA zu Folge wurden vier Arbeiter der Polyacryl von Isfahan, die am 21. November (30.Aban) in den frühen Morgenstunden durch behördliche Aufsichtsbeamten inhaftiert worden waren, endlich aus der Haft entlassen.

Javad Lotfi und Abbas Haghghi, Kiumars Rahimi und Ahmad Saberi waren die vier Arbeiter, die während der zweiten Demonstrationsphase der Polyacryl-Arbeiter inhaftiert worden sind.

Nachdem die inhaftierten Arbeiter dem Haftrichter vorgeführt wurden, erfolgte die Entlassung der Betroffenen aus der 13 km nördlich von Isfahan liegenden Haftanstalt „Dastgord“ in den frühen Morgenstunden. Des Weiteren soll eine Audioaufnahme aufgetaucht sein, in der der Gouverneur am letzten Tag der ersten

Demonstrationsphase den demonstrierende Arbeitern der Polyacryl verkündet, dass er als Gouverneur die Sicherheit der Arbeiter und ihrer gewählten Vertreter für die Verhandlungen und Durchsetzung ihrer gewerkschaftlichen Belange gewähren werde.

„Mahdi Soleymani“, Gouverneur von Isfahan, hatte am 05.November (14.Aban) den Arbeitern zur Durchsetzung ihrer Ziele, die Gewährung von Sicherheit versprochen. Im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen den Abbau und die Reduzierung von Zweigen der Firma, hatte sich der Gouverneur am 05.November (14.Aban) wie folgt geäußert: Dem Anliegen, die Firma in mehrere kleine Firmen aufzuteilen, wird nicht nachgegangen. Dies soll künftig komplett gestoppt werden. § 26 Arbeitsgesetz hat zum Zwecke erheblicher Aufbauänderungen in einem Großkonzern bestimmte Wege vorgesehen und wir werden uns auch an das Gesetz halten.“

Gemäß § 26 Arbeitsgesetz kann jede erhebliche Änderung, die nicht im Einklang mit der bisherigen Arbeitsaufteilung- und Organisation des Arbeitsortes steht, mit schriftlicher Zustimmung des örtlichen Arbeitsamtes durchgesetzt werden.



Sonntag 24. November Versammlung der Arbeiter vor dem Arbeitsministeriums

Seit zwei Jahren läuft eine Initiative für Verbesserung- und Förderung der Arbeitrechte und Arbeitsbedingungen für Millionen Lohnabhängige im Iran. Die Initiative ist in Form einer Unterschriftsammlung, die bisher von 40000 Menschen unterschrieben wurde, unterstützt.

In diesem Brief, der an an Arbeitsminister adressiert ist, haben die Arbeiter auf ihre

prikäre Lage aufmerksam gemacht und forderten von dem Minister Massnahmen gegen den desolaten Zustand der Arbeiter und Rentner zu ergreifen. Da von dem Arbeitsministerium und dem Staat keine Antwort auf diese Forderungen gab, beschlossen sich die Arbeiter vor zwei Wochen eine Protestversammlung vor dem Ministerium durchzuführen. Am 24. November gelang den etwa 50 Protestierenden, die trotz der Präsenz und des Einsatzes der Sicherheitskräfte sich in der Moschee des Ministeriums zu sammeln. Sie wollten sich so lange dort aufhalten, bis der Minister ihnen ein direktes Gespräch anbietet. Nach einiger Zeit sind nur zwei Mitarbeiter der Behörde in Begleitung und der Leiter der Sicherheitskräfte in die Versammlung erschienen. Die Protestierende lehnten eine Verhandlung mit ihnen ab und beharrten auf ein direktes Gespräch mit dem Minister und setzten ihre Aktion im Innenhof des Ministeriums fort.

Die Abschlusskundgebung wurde von Jaafar Azimzadeh, einer der Mitinitiatoren der Unterschriftsaktion vorgelesen und bekam heftigen Applaus von den Anwesenden. Nach der Kundgebung haben die Protestierenden das Ministeriumsgebäude verlassen mit dem Ultimatum ihre Proteste weiter fortsetzen, falls ihre Forderungen nicht berücksichtigt werden.

An dieser Aktion nahmen zahlreiche Arbeiter sowie Rentner aus verschiedenen Betrieben und Instituten wie Teheraner Busfahrer Gesellschaft, Reifenbetrieb Alborz, Metallindustrie, Petrochemie, Arbeiter der Baubranche und Beschäftigte aus den Krankenhäusern und solidarisierten sich mit dieser Aktion. Sie trugen Plakate und Transparenten mit sich, auf denen ihre Parolen und Forderungen geschrieben waren.

Die Abschlusskundgebung, die von den Anwesenden massiv bestätigt wurde, beinhaltete folgendes:

1. Wir wollen nicht mehr für nacktes Überleben 12 bis 16 Stunden am Tag

arbeiten. Wir fordern die Durchführung eines gesetzlichen Mindestlohn-Lohnerhöhungen angepasst an realen Inflationen und für alle beschäftigte Arbeiter und die Arbeiter, die in Ruhestand sind.

2. Die Kranken- und Rentenversicherungskassen werden von den Werktätigen finanziert und gehören auch ihnen. Die Tatsache, dass diese Kassen leer und zahlungsunfähig geworden sind, ist durch das Missmanagement des Staates und Korruption zustande gekommen. Wir fordern die Übernahme und Versorgung dieser sozialen Leistungen durch den Staat.

3. Der sogenannte Meister- und Schuler-Plan, der das bestehende Arbeitsgesetz außer Kraft setzt und praktisch in die mittelalterlichen Verhältnisse zurückschleudert, muss sofort beendet und durch international anerkannte Arbeitsrechte ersetzt werden.

4. Die Unternehmen, die politische Lage des Landes ausnützen und unregelmäßig zum Teil gar keine Löhne an ihre Beschäftigten zahlen, müssen strafrechtlich vom Staat verurteilt und bestraft werden.

5. Alle Gesetzentwürfe und Reformen, die das Arbeits- und Sozialgesetz zu Gunsten der Arbeitgeber und gegen die Interessen der Werktätigen ändern sollen, müssen rückgängig gemacht werden.

6. Darüber hinaus soll der Artikel 10 des Arbeitsgesetzes über die Erneuerung und Modernisierung der Industrie, das auch vom Kabinett verabschiedet wurde, soll als erster Schritt zu Beendigung der miserablen Lage der Arbeiterklasse im Iran sofort umgesetzt werden. Der Artikel 10 des Arbeitsgesetzes beschreibt: das Arbeitsministerium hat die Aufgabe die Zeitfirmen und Subunternehmen zu kontrollieren und sie zu Einhaltung der Arbeitsgesetze des Landes zu verpflichten. Die Arbeiter, die in der Bau-Branche tätig sind, müssen vollständig gesetzlich versichert werden und alle sozial und arbeitsgesetzlich auch in Anspruch nehmen können.



2 Tage Arbeitstreik in Haft Tapeh

Am 08. Dezember haben 650 Saisonarbeiter der Rohruckerplantagen in Haft Tapeh für zwei Tage lang ihre Arbeit eingestellt. Diese wandernden Landwirtschaftsarbeiter sind jedes Jahr für sechs Monaten beschäftigt und bezahlen etwa 40 % ihr Lohn für die Sozialversicherungen. Nach Ablauf der aktiven Arbeitszeit übernimmt der Arbeitgeber keine Sozialversicherungen mehr für sie. Sie sind praktisch ein halbes Jahr ohne Kranken- und -arbeitslosenversicherung. Ausserdem wird ihre extrem schwere körperliche Arbeit von dem Arbeitgeber, nämlich das Ministerium für Agra und Industrie, nicht als Schwerarbeit anerkannt. Nach Verhandlungen mit dem Amt für Arbeit und Soziales, Arbeitgeber und Sprecher der Arbeiter, wurde der Streik vorläufig beendet. Es sollte bis Ende der Folgende Woche den ein Angebot der Zuständigen den Arbeitern vorliegen.

تجمع کارگران مجتمع گاز پارس جنوبی



Protestversammlung des Gaswerks Pars Jonub

Vor sechs Monaten wurden die Arbeitsverträge der ca 500 Arbeiter des Gaswerks Pars Jonub von befristet zu unbefristet geändert. Allerdings brachte diese Änderung den betroffenen Arbeiter keine Vorteile, sondern müssen sie sogar Lohnkürzungen im Kauf nehmen. Im september haben die Arbeiter in einem Brief an Vorstandsvorsitzende des Werkes und Arbeitsminister über ihre Situation

berichtet und forderten von den Zuständigen nach einer Lösung ihrer Probleme. Da seitens der zuständigen des Betriebs sowie des Ministeriums keine Reaktion auf diesen Brief gab, versammelten sich etwa 80 Arbeiter vor dem Büro des Geschäftsführers. Nach einem Gespräch mit den protestierenden versicherte ihnen der Geschäftsführer, in einem Monat dies zu ändern. Diesbezüglich wurde sogar vom Geschäftsführer ein Schreiben im Betrieb heraus gegeben, in dem die Kürzungen rückgängig gemacht werden sollen. Als die Arbeiter im folgenden Monat ihre Lohnabrechnungen bekamen, sahen sie aber keine Änderung bezüglich ihrer Löhne.

**Internationalen Allianz zur
Unterstützung der ArbeiterInnen im
Iran – Deutschland**

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de